

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 02 24. Januar 1996

→ **Der 27. Januar - mehr als eine Feierstunde** Seite 2

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin plädiert für eine aktive Ausgestaltung des neuen Gedenktages. Junge Menschen sollen zu Engagement in der Gegenwart und Zukunft ermuntert werden

→ **25 Jahre „Deutsche Volksunion“** Seite 3

Die DVU des Münchner Verlegers Dr. Frey wurde vor einem Vierteljahrhundert in München gegründet. Parlamentarische Erfolge erzielte sie in Bremen und in Schleswig-Holstein.

→ **Abgesang auf die „Republikaner“-Stiftung** Seite 5

Da Franz Schönhuber den „Republikanern“ den Rücken gekehrt hat, braucht die Partei einen neuen Namen für ihre Stiftung.

→ **Warum werden Jugendliche zu Tätern?** Seite 8

Eine neue Studie der Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer und Joachim Müller untersuchte die biographischen Hintergründe fremdenfeindlicher Gewalttäter.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

KOMMENTAR

Der 27. Januar - mehr als eine Feierstunde

Von Siegfried Vergin, MdB,
Sprecher der SPD-Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“

Mehr als 50 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wird es mit jedem Tag wichtiger, daß wir nicht nur in Gedenkveranstaltungen an das Unrecht, Leid und Morden vor einem halben Jahrhundert erinnern, sondern gerade junge Leute ermutigen zu mehr Engagement in der Gegenwart und Zukunft.

Die Gründe, die gegen einen deutschen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus angeführt worden sind, sind ernstzunehmen, wie z.B. der Publizist Günther Bernd Ginzel vor einer „ritualisierten Pflichtübung“ gewarnt hat.

Wir streben aber weniger eine der üblichen Gedenkveranstaltungen an. Vielmehr sollen mit dem Tenor „Demokratie ist die beste Garantie gegen neue Opfer“ breite Kreise der Gesellschaft angesprochen werden. Ansonsten besteht die Gefahr, daß nur ein weiterer Gedenktag im Kalender hinzugefügt würde.

Nachdem sich die Fraktionsvorsitzenden in einem Gespräch mit dem Präsidium des Bundestages am 1.6.95 darauf verständigt haben, den 27. Januar in Erinnerung an den Tag der Befreiung von Auschwitz als Datum auszuwählen und Bundespräsident Roman Herzog den neuen Gedenktag proklamiert hat, muß nun Einigung über die Frage der Ausgestaltung erzielt werden. Die Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion hat mehrfach in ihren Sitzungen einen solchen Gedenktag diskutiert. Wir kamen überein, dem Bundespräsidenten die Einrichtung einer zeitlich begrenzten Arbeitsgruppe zur inhaltlichen Klärung vorzuschlagen. Damit nicht weitere fünfzig Jahre vergehen, ist eine solche Arbeitsgruppe zeitlich zu begrenzen auf maximal ein Jahr. Vertreter der Parteien, NS-Verfolgten und anderer gesellschaftlicher Gruppen würden den Teilnehmerkreis bilden. Wenn wir nicht weiter über die Köpfe derer hinwegre-

den wollen, um die es geht, müssen Vertreter von Jugendorganisationen beteiligt werden.

Shalom Levin, der inzwischen verstorbene frühere Präsident der israelischen Lehrergewerkschaft Histadut Hamorim, schrieb 1992: „Dies soll ein Tag sein, an dem Lehrer über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte in Klassen, Arbeitsgemeinschaften, in Projekten und Schulversammlungen unterrichten.“ Dem stimme ich zu, wobei ich Veranstaltungen jenseits der regulären Unterrichtsformen meine, damit Schülerinnen und Schüler z.B. bei der Gestaltung eines Projekttagess den nötigen Freiraum haben werden, in dem sie selbst etwas entwickeln können.

An dem Gedenktag sollte an möglichst vielen Schulen ein Anti-Rassismus-Training stattfinden, wie es die Bayerische Initiative für Politik e.V. im Rahmen der Europäischen Jugendkampagne gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz angeboten hat. Mit den in zahlreichen Städten und Gemeinden existierenden Bürgerinitiativen und Geschichtswerkstätten könnten Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt werden. Wir müssen aus der Einbahnstraße dessen, daß die Erinnerung als das Belastende erscheint und nicht die NS-Verbrechen, herauskommen. In Kooperation mit den Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung sollten Veranstaltungen mit Lehrplanelentwicklern und Schulbuchautoren organisiert werden, um auf der Grundlage der neueren Entwicklungen in den USA Hilfestellungen im Bereich der Didaktik zu geben, wenn es um Formen des Umgangs mit dem Holocaust geht.

Die Arbeitsgruppe sollte anregen, daß in den Gedenkstätten regional spezifische Ausstellungen stattfinden. Als inhaltlichen Schwerpunkt halte ich die sogenannte „Zuschauer“-Problematik für wünschenswert, denn immer mehr Menschen schauen weg, wenn in ihrer Umgebung Unrecht geschieht.

Als Anregung für die Feierstunden im Bundestag und in den Länderparlamenten könnte die Arbeitsgruppe Vorschläge für zeitadäquatere Themen und Formen von Gedenkveranstaltungen machen. Die Themenpalette, geht es um die Bedeutung des Holocaust für die heutige deutsche Gesellschaft, ist umfangreich: psychische Spätfolgen, NS-Unrecht und Entschädigung, NS-Richter, Firmen, Finanzierung zum Erhalt der KZ-Gedenkstätten etc.

Kein Grund zum Feiern:

25 Jahre „Deutsche Volksunion“

Die Gründung des rechtsextremen Vereins „Deutsche Volksunion e.V.“ (DVU) erfolgte vor einem Vierteljahrhundert in der Münchner Franziskaner-Gaststätte. Anwesend war an jenem 16. Januar 1971 dreizehn Gründungsmitglieder. Bis heute jedoch ist ein Name untrennbar mit der „Deutschen Volksunion“ verbunden. Der des 62jährigen Münchner Verlegers Gerhard Frey. Dem promovierten Staatswissenschaftler Frey (geboren 1933 in Cham) oblagen Regie und Eröffnung der Münchner Gründungsveranstaltung. Frey, so das amtliche Gründungsprotokoll, „eröffnet die Veranstaltung und begrüßt die Teilnehmer. Er erläutert die Zielsetzung des zu gründenden Vereins und weist auf die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Körperschaft hin.“

Frey gelang es, die „Deutsche Volksunion“ als festen Bestandteil des rechtsextremen Spektrums zu etablieren. In den 80er Jahren formierte Frey aus dem eingetragenen Verein eine politische Partei, die sich in der Teilnahme an Parlamentswahlen versuchte. Erfolge waren dem Kaufmann und Verleger Dr. Frey nur in den kleinen Bundesländern im Norden der Republik beschieden. 1987 und 1991 gelangte die Frey-Truppe DVU in die Bremer Bürgerschaft, 1992 kam ein Wahlerfolg in Schleswig-Holstein hinzu.

Zu den DVU-Gründungsmitgliedern zählte neben dem Vorsitzenden Frey der erste Stellvertreter Dr. jur. Fritz von Randow. Der Hamburger Rechtsanwalt verstarb am 1. April vergangenen Jahres im Alter von 87 Jahren, zuletzt war er Ehrenvorsitzender des DVU-Landesverbandes Hamburg. Die Mitgründer Werner Eichinger, Vorsitzender des „Arbeitskreises verfassungstreuer Jungbürger“, und der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete und „Witikone“ Walter Brandner (75), Vorsitzender des „Arbeitskreises zur Förderung nationaler Politik“, fanden den Weg von der NPD zur DVU. Erwin Alt, er wurde zweiter Stellvertreter von Frey, war Bundesvorsitzender der 1962 gegründeten revanchistischen „Aktion Oder/ Neiße“ (AKON). Zu „Beiräten“ der DVU wurden Oberlandeskirchenrat Hermann

Mertens, Kiel, Oberrechtsrat, CDU-Ortsvorsitzender und Gründungsmitglied des „Deutschen Seminars“ Dr. Werner Nowak, Plochingen, und Dr. Kurt Poschardt, Bezirksvorsitzender der „Bayern-Partei“ aus Unterpfaffenhofen. Albrecht Müller, Vorsitzender der „Gesamtdeutschen Arbeitergemeinschaft“ aus Hamburg, die Vertriebenen-Funktionäre Emmerich Giel und Paul Pfisterer aus München, Dr. Wilhelm Böhm, Nürnberg, und Schriftsteller Dr. Wilhelm Pleyer, Stocking, vervollständigten 1971 den Gründungsausschuß der DVU, der „überparteilichen Vereinigung zur Sammlung der verfassungstreuen Kräfte der Mitte und der Rechten“. Werner Eichinger, eines der letzten lebenden Mitglieder des DVU-Gründungsausschusses, betätigt sich nach einem Intermezzo bei den „Republikanern“ als Mittenberger REP-Kreisvorsitzender heute bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Er steht seit 1994 dem bayerischen DLVH-Landesverband vor.

Abkehr vom Erfolg

Im September 1987, nachdem im selben Jahr die politische Partei „Deutsche Volksunion - Liste D“ gegründet worden war, gelang der Truppe des Münchner Verlegers Frey unter Einsatz großer finanzieller Mittel der Einzug in die Bremer Bürgerschaft. Der jüngst verstorbene Hans Altermann wurde zum ersten DVU-Parlamentarier auf Landesebene. Im Juni 1989 trat die „DVU-Liste D“ unter Beteiligung der NPD zur Dritten Direktwahl zum Europäischen Parlament an. Der Erfolg blieb der rechten Konkurrenz vorbehalten. Die „Republikaner“ unter ihrem Spitzenkandidat Franz Schönhuber (72) zogen mit einem Ergebnis von 7,1 Prozent in das Straßburger Parlament ein. Der „DVU-Liste D“ blieb mit 1,6 Prozent, auch vor dem Hintergrund des intensiven Wahlkampfs, ein enttäuschendes Ergebnis. Das von Dr. Gerhard Frey später bestrittene „Wahlbündnis“ mit der NPD wurde, so „Der Spiegel“, 1993 von NPD-Chef Günter Deckert (56) aufgekündigt.

1991 konnte die DVU ihren Bremer Erfolg mit 6,2 Prozent und sechs Mandaten, darunter die NPD-Politiker Karl-Heinz Vorsatz und Hans Weidenbach, ausbauen. Im Oktober 1991, wenige Wochen nach der Bremer Wahl, verließ der Rentner Altermann aus persönlicher Enttäuschung die DVU. Er warf dem „National-Zeitung“-Verleger Frey „Einmischung“ vor. Der inzwischen verstorbene Vorsatz, er gehört bereits von 1967 bis 1971

der Bremer Bürgerschaft an, wurde 1992 von der übrigen DVU-Fraktion isoliert. „Kniefall vor den Etablierten“, lautete der Vorwurf an das damalige NPD-Präsidiumsmitglied Vorsatz. Durch sein Verhalten sei „die Grundlage für eine wirkliche Oppositionsarbeit genommen“, so die Erklärung der vier gegenüber Frey loyalen Bremer DVU-Abgeordneten.

Großzügige Abonnentenwerbung

Für weiteres Aufsehen sorgte die DVU zusammen mit der Gruppe der „National-Konservativen“ (NK) um Hans Altermann, Peter Nennstiel (52) und Klaus Blome, der nach Presseberichten vor seiner Parlamentszeit auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes stand, Anfang vergangenes Jahres. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Dieter Klink (SPD), forderte die Rückzahlung von 500.000 DM. Klink warf den beiden Bürger-schaften vor, sie hätten Fraktions- und Gruppen-gelder „in gravierendem Maße mißbräuchlich verwendet“. So sollen unter anderem 28.800 Exemplare der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) gekauft und verteilt worden sein. Fünf Wochen lang hätte die DVU an 10.800 Leser der DWZ Freiabonnements verschicken lassen. Bei der jüngsten Wahl zur Bremer Bürgerschaft vom Mai vergangenen Jahres blieb der DVU mit einem Ergebnis von 2,5 Prozent der Wiedereinzug in das Parlament verwehrt.

Ein Jahr nach dem Erfolg von Bremen war der DVU im April 1992 mit 6,3 Prozent und sechs Abgeordneten der Einzug in das Kieler Landesparlament gelungen. Die DVU-Hochburgen in Schleswig-Holstein lagen in den Städten Lübeck und Neumünster, wo die DVU knapp zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Rund 675.000 Mark an Wahlkampfkostenerstattung flossen in die Kassen der DVU, nachdem Frey den Wahlkampf mit 2,1 Millionen Mark zuvor aufwendig unterstützt hatte. Bereits ein Jahr später zerfiel die schleswig-holsteinische DVU-Fraktion. Vorübergehend bildeten vier Parlamentarier eine Fraktion der 1991 gegründeten „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Derzeit bekennen sich die Landtagsabgeordneten Renate Köhler, Helmut Thienemann und Benvenuto-Paul Friese zu Freys DVU. Ingo Stawitz, einstiger DVU-Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender („Kieler Statthalter“), ist heute einer der Bundes-

sprecher der DLVH. Bei der Landtagswahl am 24. März will die DVU versuchen, wieder in das Parlament des nördlichsten Bundeslandes einzuziehen.

„Politikunfähige“ parlamentarische Arbeit

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht charakterisiert die DVU als „von Dr. Gerhard Frey zentralistisch geführt“. In den insgesamt sechzehn Landesverbänden fänden sich 1994 rund 20.000 Mitglieder organisiert, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6.000 Mitgliedern bedeutet. Jedoch wird darauf hingewiesen, daß der Bundesvorsitzende höhere Zahlen beansprucht. Das Parteileben der DVU findet vorrangig in der Münchner Paosostraße, der Residenz Freys, statt. Die Partei und ihre Landesverbände sind durch Passivität gekennzeichnet. Bezeichnenderweise fand 1994 ein gemeinsamer Landesparteitag der DVU-Landesverbände Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz statt. Eine Studie der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ gelangte 1993 zu dem Schluß, die parlamentarische Arbeit der DVU sei „inkompetent, zerstritten und politikunfähig“. Weiterhin beschrieb die Studie die DVU als „eindeutig rechtsextremistisch“.

Forum für den „Russen-Hitler“

Offiziell führt die DVU eine strikte Abgrenzungspolitik gegenüber neonazistischen Organisationen durch. Regelmäßig werden Unvereinbarkeitsbeschlüsse veröffentlicht. So heißt es beispielsweise, „unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zu Gruppierungen der Skinheads“. Tatsächlich gab es in der Vergangenheit immer wieder Berührungspunkte. Markus Gartmann (25), einer der Verurteilten von Solingen, war vorübergehend Mitglied der DVU. Bei einer Wohnungsdurchsuchung Gartmanns fand sich ein mit Datum vom 22. April 1992 versehener Mitgliedsausweis. Einer der mutmaßlichen Brandstifter der Lübecker Synagoge, Niko Trapiel, ließ sich von der DVU Aufkleber und Schriften schicken. Der 23jährige Michael Petri, Bundesvorsitzender der neonazistischen „Deutschen Nationalisten“ aus dem Umfeld Kühnens, leitete „bereits als Jugendlicher“, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht der Bundesrepublik Deutschland, „einen Ortsverband der rechtsextremistischen DVU“.

International scheint Frey wenig wählerisch zu sein. Mit dem obskuren Politiker Wladimir Schirinowskij (48), Vorsitzender der chauvinistischen „Liberal-Demokratischen Partei Rußlands“ (LDP), unterhält der Verleger und Multimillionär enge Beziehungen. Schirinowskij und Frey traten seit 1992 verschiedene Male, darunter 1993 in Passau, zusammen auf. Auf dem DVU-Bundesparteitag im Dezember 1993 wurde eine Entschließung verabschiedet, die vorsah, „die persönliche Freundschaft mit Wladimir Schirinowskij zu festigen und im Sinne der friedlichen Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen weiterzuentwickeln“. In der „National-Zeitung“ kommt der „Russen-Hitler“, so die Boulevard-Presse, Schirinowskij gelegentlich zu Wort, um seine „wirklichen Ansichten“ darlegen zu können. Jüngst forderte der Duma-Abgeordnete und „persönliche Freund“ Freys, Schirinowskij, in Rußland öffentlich den Einsatz von Napalm als militärische Antwort auf den Konflikt in Tschetschenien.

Sönke Braasch

Abgesang auf „Republikaner“- Stiftung

Die rechtsextremen „Republikaner“ haben keinen Anspruch darauf, daß das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen ihre parteinahe Franz-Schönhuber-Stiftung genehmigen muß. Dies hat der 25. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster am 8. Dezember vergangenen Jahres in einer Berufungsverhandlung entschieden (Az.: 25 A 2431/94).

In den Gründen seiner Berufungsentscheidung führt der Senat unter anderem aus: Nach dem nordrhein-westfälischen Stiftungsgesetz sei die Genehmigung einer Stiftung zu versagen, wenn die Stiftung das Gemeinwohl gefährden würde. Eine solche Gemeinwohlgefährdung sei anzunehmen, weil die Franz-Schönhuber-Stiftung Rechte und Rechtsgüter beeinträchtigen würde, die unter dem Schutz der Verfassung stehen.

Die Erste Kammer des Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte dies anders gesehen. Dort war nämlich im März 1994 (AZ: 1K4629/93) das Innenministerium dazu verpflichtet worden, die Stiftung zuzulassen. Das Gericht hatte einer Untätigkeitsklage der „Republikaner“ stattgegeben mit der ausdrücklichen Begründung, von einer Gefährdung des Gemeinwohls sei nicht auszugehen. Das Düsseldorfer Gericht hatte zur Auslegung des Stiftungszwecks nur das offizielle Parteiprogramm von 1993 herangezogen. Die gesamten von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder im Rahmen der Beobachtung der „Republikaner“ gesammelten Erkenntnisse aus Äußerungen, Flugblättern und Schriften von Mitgliedern und Funktionären, aus denen sich die tatsächlichen politischen Zielsetzungen ergeben, waren außen vor geblieben.

Von der doch wohl naiven Beurteilung der „Republikaner“ nach ihrem offiziellen Programm hat sich das Oberverwaltungsgericht Münster abgesetzt. Zur Ermittlung des Stiftungszwecks müsse auf den Willen der Partei als Stifterin abgestellt werden, und zwar unter Rückgriff auf ihre Parteiziele. Diese Ziele seien nicht nur dem Parteiprogramm und sonstigen parteioffiziellen Erklärungen zu entnehmen, sondern auch unter Berücksichtigung der Äußerungen maßgeblicher Funktionäre und Leitbilder der Partei zu ermitteln. Danach verstoße der Stiftungszweck gegen das Gebot der Achtung der Menschenwürde, das Verbot der Diskriminierung wegen der Rasse und des Glaubens sowie gegen das Demokratieprinzip. Grundlage dieser Feststellung seien insbesondere asylbewerberfeindliche Veröffentlichungen von Untergliederungen der Partei, Angriffe gegen die Daseinsberechtigung existierender staatstragender Einrichtungen sowie diffamierende Äußerungen in bezug auf Funktionsträger des Staates und anderer Parteien.

Keine Chance mit Carl Schurz

Eine parteinahe Stiftung ist mit dieser Gerichtsentscheidung nicht verhindert. Denn die „Republikaner“ können ihre Stiftung jederzeit als eingetragenen Verein, für dessen Gründung eine Genehmigung nicht erforderlich ist, organisieren. Dafür gibt es etliche Beispiele, auch die rechtskonservative Deutschland-Stiftung ist ein im Vereinsregister eingetragener Verein.

Die Stiftung hat in den fünf Jahren ihres Bestehens

bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Die Gründung war bei der Bundesvorstandssitzung der „Republikaner“ am 19. Juni 1989 beschlossen worden. Am 3. März 1990 wurde die Stiftungsurkunde bei der zuständigen Stiftungsbehörde in Nordrhein-Westfalen eingereicht. Unterzeichnet ist sie von Franz Schönhuber, dem ehemaligen Schatzmeister der Partei Klaus-Dieter Pahl, dem Treuhänder Ernst Rath und dem Versicherungs- und Finanzmakler Werner Haase, der sich mit seinen Firmen u.a. mit steuerbegünstigten Vermögensanlagen beschäftigt. Ihre erste Zusammenkunft hielt die Stiftung am 28. April 1990 im Bonner Luxushotel Maritim nahe dem Regierungsviertel ab. Den Festvortrag hielt der Münchner Ökonom und Unternehmensberater Werner Obst.

Zuerst sollte die Stiftung nach Carl Schurz (1829 - 1906) benannt werden, der auf den Barrikaden der demokratischen Revolution 1849 in Rastatt kämpfte, die Schrift „Der rothe Republikaner“ verfaßte und zum Tode verurteilt wurde. Er mußte nach Nordamerika fliehen, wo er sich der jungen Republikanischen Partei und Abraham Lincoln anschloß und für die Abschaffung der Sklaverei eintrat. Mit der heutigen rechtsextremen Partei hat Schurz wirklich gar nichts zu tun. Deshalb hatte es juristische Einwände u.a. der Carl-Schurz-Gesellschaft gegeben. Mit Datum vom 1. März 1992 beantragten die „Republikaner“ dann im zweiten Anlauf den Namen Ruhstorf-Stiftung. In dieser niederbayerischen Stadt hatte ein Programmparteitag der „Republikaner“ stattgefunden. Doch auch die Stadt Ruhstorf drohte mit Klage. Dann wurde die Stiftung nach dem Parteimitgründer und langjährigen Vorsitzenden Franz Schönhuber benannt. Doch dieser hat die Partei im November 1995 verlassen. Die Republikaner sind jetzt in der inkommoden Situation, daß ihre Stiftung ausgerechnet nach dem ausgetretenen Ex-Vorsitzenden benannt ist. Für Burkhard Stieglitz, Vize-Chef der „Republikaner“ in Nordrhein-Westfalen, war bei der Ablösung Schönhubers durch Schlierer beim Parteitag in Sindelfingen im Dezember 1994 schon klar, daß die Stiftung unmöglich noch nach Schönhuber heißen könne.

Franz Schönhuber ist passé

Laut Stiftungsurkunde vom 1. Juni 1992 verfügt die Stiftung über ein Barvermögen von 500 000 Mark. In der Satzung vom 1. September 1992 ist der Vorstand mit folgenden Personen besetzt:

Dr. Hans Hausberger - Vorsitzender;
Dr. Rolf Schlierer - stellvertretender Vorsitzender;
Ernst Rath - Schatzmeister;
Dipl.-Kfm. Günter Kersten - Schriftführer;
Dr. Heinz Barth - Beisitzer;
Dr. Robert Friedrich Nagels - Beisitzer.

Das Kuratorium setzt sich laut Paragraph 10 der Satzung aus 15 Personen zusammen:

1. Ingrid Schönhuber, München
2. Klaus-Dieter Pahl, Dortmund
3. Dr. Ursula Sanjewski, Bonn
4. Prof. Dr. Hellmut Diwald, inzwischen verstorben
5. Dr. habil. Armin Mohler, München
6. Prof. Dr. Hans-Joachim Arndt, Heidelberg
7. Dr. Jens Steffen, Kiel
8. Reinhold Giegold, Schwarzenbach an der Saale
10. Dr. Franz Uhle-Wettler, Meckenheim
11. Dr. Heinz Friedrich Kremzow, München
12. Hellmut Lange, Höningen
13. Alexander Hausmann, Krailling
14. Rechtsanwalt Klaus Kunze, Uslar
15. Ingeborg Seiffert, Berlin.

Das neunte Kuratoriumsmitglied wurde in der Satzung vergessen. Herauszuheben aus diesem illustren Kreis sind der emeritierte Politologe Hans-Joachim Arndt, Armin Mohler, der als langjähriger Geschäftsführer der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung über hervorragende Verbindungen verfügt und Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler, zuletzt Kommandant des NATO Defense College in Rom. Der von der CSU kommende Richter am bayerischen Landessozialgericht Dr. Heinz Kremzow hat die „Republikaner“ 1994 verlassen.

Jetzt suchen die „Republikaner“ nach einem neuen Namen, denken über den Gang zum Bundesverwaltungsgericht oder die Eintragung ins Vereinsregister nach. Denn ihrer Meinung nach stehen ihnen 60 Millionen Mark aus dem Staatssäckel für die Stiftung zu.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Franz Kniola hat die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster begrüßt. Eine Genehmigung wie nach der ersten Instanz vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf im März 1994 wäre seiner Meinung nach für die Demokratie unerträglich gewesen.

Franziska Hundseder

KOMMENTAR

Endlich ein paar Mark Entschädigung

Der Streit war peinlich und würdelos. Und holte nicht der israelische Staatspräsident Ezer Weizman in der dritten Januar-Woche seinen im Sommer verschobenen Staatsbesuch nach, müßten die Holocaust-Überlebenden vermutlich weiter warten. Doch nun ist endlich Bewegung in die Angelegenheit gekommen. Ein diskreter Wink aus Jerusalem hat genügt. Es geht um etwa 35.000 Juden, die einst im von Nazi-Deutschland besetzten Osteuropa lebten und heute meist bitterarm sind. Bis zum Ende des Kommunismus hatten sie keinen Pfennig zu ihrer kargen Rente aus der Bonner Kasse bekommen. Als es dann möglich wurde, die Nachfolgestaaten der UdSSR und die baltischen Staaten zu verlassen, sind einige zehntausend ausgewandert, viele nach Israel oder in die USA. Um ihnen zu helfen, unterzeichneten Bonn und Jerusalem Anfang 1995 ein Abkommen, das diesen alten Menschen zu einer etwas höheren Rente verhelfen sollte. Seitdem war nichts mehr geschehen. Immer wieder wurde die Verabschiedung von der Tagesordnung des Bundestages gestrichen - im stillen Einvernehmen auch mit der SPD-Opposition. Aber nun stand Ezer Weinman vor der Tür und der hätte das Thema mit Sicherheit angesprochen, wenn die Verzögerungstaktik beibehalten worden wäre. Nur dem Termindruck ist es zu verdanken, daß jetzt etwas zu geschehen scheint.

Intern gestritten wurde vor allem darüber, aus welcher Kasse die etwa 250 Millionen Mark genommen werden sollen - aus der Rentenkasse oder aus dem Bundesetat. Arbeitsminister Norbert Blüm war bereit, einen Tag aus der Rentenkasse zu bezahlen, aber die Sozialpolitiker der Union legten sich quer. Sie wollen, daß der Finanzminister für die Ehrenschuld aufkommt. Um eine Abstimmungskatastrophe im Bundestag zu vermeiden, strich der Chef der Unionsfrakti-

on, Wolfgang Schäuble, das Thema einfach von der Tagesordnung. Das geht nun nicht mehr. Aber selbst wenn in Kürze jene etwa 35.000 alten Frauen und Männer Anspruch auf ein paar Mark haben, um ihre Rente auszubessern, muß sich das nicht sofort auswirken. Voraussetzung ist nämlich, daß sie nachträglich Beiträge einzahlen. Aber wie das gehen soll, darüber hat sich im scheuen Bonn wohl noch niemand Gedanken gemacht. Woher sollen denn ziemlich arme Leute tausende von D-Mark für Nachzahlungen nehmen, wenn sie kaum wissen, wie sie finanziell über die Runden kommen können? Wie es aussieht, handelt es sich um eine Scheinlösung, die den Überlebenden kaum etwas bringen dürfte. Nachbesserung ist also angesagt, und die wird um so billiger, je länger sie hinausgezögert wird. Täglich dürften einige Opfer sterben, die Zahl der Anspruchsberechtigten nimmt folglich schnell ab.

Diese Taktik hat Bonn bei anderen NS-Opfern bereits erfolgreich angewendet - bei den wenigen baltischen Juden, die den Holocaust überlebt haben. Es waren bei der Befreiung von ehemals 400.000 Menschen ganze 30.000. Heute sind es nur noch 300. Ihre Armut läßt sich kaum beschreiben. In Riga etwa liegt die Monatsrente zwischen 100 und 120 Mark. Diesen alten und meistens kranken Menschen wird nun nach schier endlosen Rangeleien endlich geholfen. Den humanitären Kompromiß haben drei Bundestagsabgeordnete erreicht - Wolfgang Freiherr von Stetten (CDU), Gert Weisskirchen (SPD) und Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen. Es geschieht im Bundestag nicht gerade oft, daß einzelne Angehörige verschiedener Fraktionen sich zusammentun, um ein Ziel zu erreichen. Die 300 baltischen Juden bekommen jetzt zwar nur etwa 50 Mark zusätzlich. Aber bei einer so kärglichen Rente ist das eine spürbare Hilfe, die nicht mit nachträglich zu leistenden Beitragszahlungen erworben werden muß. Der guten Tat für die Balten stehen schmähliche Tricks für die eingangs genannten Opfer gegenüber. Es darf gelobt, aber es muß gleichzeitig scharf kritisiert werden.

Heiner Lichtenstein

Eine neue Studie über fremdenfeindliche Gewalt:

Warum werden Jugendliche zu Tätern?

Über die Hintergründe und Ursachen fremdenfeindlicher Gewalttaten liegen mittlerweile eine ganze Reihe von empirischen Studien vor. Die im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz von den Jugendforschern Wilhelm Heitmeyer und Joachim Müller vorgenommene Untersuchung zur fremdenfeindlichen Gewalt junger Menschen unterscheidet sich von diesen dadurch, daß sie sich nicht nur auf Polizei- bzw. Strafverfahrenakten oder Meinungsumfragen stützt, sondern diese Datenbasis ergänzt durch mündliche Interviews mit Personen, die fremdenfeindlich motivierte Straftaten begangen haben. Ziel war es dabei, die besonderen biographischen Hintergründe, sozialen Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen zu ermitteln.

Der eigentlichen Untersuchung vorgeschaltet ist ein Abschnitt, der vom Primat theoriegeleiteter Forschung ausgeht. Hier wird der aus anderen Veröffentlichungen bereits hinlänglich bekannte Heitmeyer-Ansatz erneut vorgestellt: Ausdifferenzierungs- und Individualisierungsprozesse gelten als einige der kennzeichnenden Prinzipien für die desintegrative Entwicklung in den kapitalistischen westlichen Gesellschaften. Als Folge davon komme es zu Auflösungsprozessen auf der Ebene von sozialer Integration wie von akzeptierten Wertvorstellungen. Bei der Verarbeitung dieser objektiven gesellschaftlichen Realität bilde Gewalt ein Mittel, um den negativen Folgen dieser Entwicklungen im subjektiven Empfinden entgegen zu wirken. Gewalt dürfe daher nicht zuallererst als individuelles Verhalten, sondern als Ausdruck sozialer Proteste verstanden werden.

Viele kleine Machiavellis

Anschließend werden die zentralen Fragestellungen vorgestellt, welche auf ein individuelles Täterprofil, die subjektive Begründung der Taten und den Umgang mit der gegen sie verhängten Strafe

abzielen. Datenbasis für die dann folgende Untersuchung bildet zum einen eine spezielle Auswertung einer repräsentativen Jugenduntersuchung in Ost- und Westdeutschland, des weiteren die Auswertung von Akten aus 66 Verfahren und 48 qualitative Interviews mit Jugendlichen, die fremdenfeindlich motivierte Gewalt angewendet haben. Entsprechend dieses jeweils gesondert ausgewerteten Datenmaterials kamen die Jugendforscher dann zu folgenden Ergebnissen:

„Machiavellistische Einstellungen“, also Auffassungen, die beim Handeln zur Erreichung der eigenen Interessen die Frage nach den sozialen Folgen ausblenden, stellten die Jugendforscher bei 28,3 Prozent der Jugendlichen und 35,5 Prozent der Gewalttäter fest. Autoritaristische Vorstellungen bestanden bei 21 Prozent der Jugendlichen insgesamt und 35 Prozent der Gewalttäter. Beide Einstellungen und Affinitäten seien „insbesondere in jenen Milieus zu finden, die - wie das traditionslose Arbeitermilieu, das aufstiegsorientierte Milieu und das hedonistische Milieu im Westen sowie das traditionslose Arbeitermilieu, das hedonistische Arbeitermilieu und das kleinbürgerlich materialistische Milieu im Osten - in besonderer Weise Verunsicherungs- und Desintegrationsprozessen und -erfahrungen ausgesetzt sind“ (S.37).

Defizite im familiären Hintergrund

Hinsichtlich des Täterprofils ließ sich aus der Auswertung der Akten ein durchschnittliches Alter von 18 1/2 Jahren feststellen; gut die Hälfte der Untersuchten hatte in irgendeiner Form familiäre Defiziterfahrungen bzw. Verlust- und Auflösungsprozesse erlebt; das Gros der Täter besitzt den Hauptschulabschluß oder überhaupt keine formale schulische Qualifikation; 16,4 Prozent waren im Westen und 32 Prozent im Osten arbeitslos. Die letztgenannten Zahlen belegen, daß „rechtsextremistisch motivierter Gewalt allein über die Schaffung von Arbeitsplätzen (nicht) begegnet werden kann. Vielmehr lassen bereits diese Ergebnisse vermuten, daß die den Gewalttaten zugrundeliegenden Motivationen, Gefühlslagen und Dynamiken nicht unmittelbar von der aktuellen Statussituation der an Gewalttaten Beteiligten abhängig und also eher in komplexeren Zusammenhängen zu suchen sind“ (S.47).

Als Ergebnis der qualitativen Interviews entwickelten Heitmeyer und Müller zunächst eine dann auch an konkreten Fällen erläuterte Typologie: der „Überzeugte“ (mit klar umrissenen politischen Vorstellungen), der „Mitläufer“ (mit diffussem politischen Weltbild), der „Cliquenzentrierte“ (Straftaten entwickeln sich primär aus einer Gruppenzugehörigkeit heraus), der „Aggressive“ (nicht politische Einstellungen, sondern die Aggressivität ist handlungsleitend) und der „Deviante“ (grundsätzlich abweichendes normatives Verhalten).

Anschließend wurde eine Querauswertung der Interviews zu den folgenden zentralen Fragekomplexen vorgenommen: Familienbeziehungen, politische Orientierung und Straftaten:

Auch hier bestätigte sich, daß der Anteil von fremdenfeindlich motivierten Gewalttätern aus sogenannten „broken home“-Verhältnissen überdurchschnittlich hoch ist. Als wichtigstes Motiv für eine fremdenfeindliche Tat erwiesen sich materielle Konkurrenzangst und/oder kulturelle Gefährdungsgefühle (Angst vor „Überfremdung“). Nur bei einer Minderheit der Befragten bestand ein positives Bild vom historischen Nationalsozialismus. Überraschenderweise gab es fast durchgängig Zustimmung zum demokratischen System, verbunden allerdings mit deutlicher Distanz zur Demokratiewirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Die meisten Straftaten entstanden spontan und situativ bedingt, daher antizipierten die Täter auch nicht mögliche strafrechtliche Konsequenzen. Hieraus leiten Heitmeyer und Müller ab, daß die Erhöhung strafrechtlicher Sanktionen keine sonderliche Wirkung auf die Eindämmung fremdenfeindlicher Gewalt habe.

„Gewaltexzesse können wieder ‘in Gang gebracht’ werden“

Trotz des Rückgangs der Gewalttaten, so die Autoren, könne nicht von Entwarnung gesprochen werden: „Wenn die öffentlich wahrgenommene und registrierte rechtsextremistische Gewalt nur deswegen abnimmt, weil in der aktuellen politischen Diskussion Themen wie z.B. Asyl oder Migration in den Hintergrund geraten, dann bedeutet dies gleichzeitig auch, daß die sozialen, beruflichen und politischen Grundlagen für menschenfeindliche Orientierung nach wie vor existieren und daß die Gewaltexzesse grundsätzlich jederzeit wieder durch entsprechende Themenver-

schiebungen und -lenkungen ‘in Gang’ gebracht werden können“ (S.183).

Wie bei den meisten anderen Untersuchungen von Heitmeyer besteht auch hier ein Kontrast von Theorie und Empirie. Der Erklärungsansatz steht nicht immer in ausreichend nachvollziehbarer Form in Verbindung mit der konkreten empirischen Untersuchung. Darüber hinaus geht Heitmeyer von nicht genügend belegten Annahmen bezüglich der Ursachenfaktoren (z.B. der „kapitalistischen Gesellschaften“, S.11) aus. So sehr auch die Wirkung von Desintegrationserlebnissen handlungsleitend für fremdenfeindliche Straftaten sein kann: Es gibt hier keinen Automatismus, sondern ein Bündel von Wirkungsfaktoren, welches hinsichtlich seiner Bestandteile und der konkreten Gewichtung differenzierter untersucht werden müßte.

Kaum Chancen durch das Strafrecht

Diese kritischen Anmerkungen zum Theorieansatz und seiner Einbindung in die Untersuchung wollen aber keineswegs deren Verdienste bei der Auswertung des empirischen Materials ignorieren. Zutreffend sind eine ganze Reihe von wichtigen Bedingungsfaktoren fremdenfeindlicher Gewalt und sozialstruktureller Besonderheiten der Täter herausgearbeitet worden. Zu Recht wird dabei auch darauf hingewiesen, daß Arbeitslosigkeit nicht die zentrale Ursache ist, wie vielfach angenommen wird. Besondere Beachtung verdient darüber hinaus die Erkenntnis, daß die überwiegende Zahl der Straftäter das demokratische System positiv einschätzt. Dies zeigt einerseits die Chancen politischer Interventionsmöglichkeiten auf, die fremdenfeindlichen Täter sind offenbar doch nicht ideologisch stark verfestigt. Andererseits beunruhigt dieses Ergebnis, da sich daraus doch die Gefahr eines in seiner Breite nicht zu unterschätzenden Rekrutierungsfeldes ableitet.

Die Studie: Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller, Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen. Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, Bonn 1996 (Forum Verlag Godesberg), ISBN 3-927066-92-3) kann über das Bundesministerium der Justiz, Heinemannstraße 6, 53175 Bonn bezogen werden.

Armin Pfahl-Traugher

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

Künftig wollen wir unseren Leserinnen und Lesern in regelmäßigen Abständen einen Überblick über die wichtigsten gängigen Wochenzeitungen und Monatspublikationen bieten.

Wir beginnen ab dieser Ausgabe mit „Nation + Europa“ (Januar 1996) sowie den in 1996 erschienenen Nummern der „Deutschen National-Zeitung“ und „Jungen Freiheit“, die bis Redaktionsschluß vorlagen:

„Nation + Europa“ (NE) - 46. Jg. - 1/1996;
Auf dem Titelbild und im Editorial von Karl Richter stilisiert NE sich und die Rechtsaußenszene in perverser Umkehrung der Realität als deutsche Dissidenten, die sich „im Samisdatbereich“ (so Schönhuber) bewegten. Dies ausgerechnet noch mit Bezug auf das rechtslastige „Spotlight“ als Beleg für angeblich amerikanische Kritik an der deutschen Gesetzgebung. Schönhuber rechtfertigt seinen Parteiaustritt mit dem Respekt vor der REP-Basis, die in die Hände von „Karrieristen, Anpassern und Abzockern“ gefallen sei. Die Zahl der echten Mitglieder beziffert Schönhuber mit „höchstens noch 11.000“ und befürwortet die Veranstaltung von Runden Tischen. Die ehemalige REP-Abeordnete im Europaparlament Johanna Grund polemisiert gegen die Währungsunion („kein Herz und keine Hand dem System von Brüssel, keine D-Mark und keinen Schilling den Mördern unserer nationalen Währungen“ und rät zu Kapitalflucht. In redaktionellen Beiträgen wird Sympathie deutlich für die „diskriminierte“ Scientology und den mit Einreiseverbot belegten Chef der Mun-Sekte.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 46. Jg.;
Immerwiederkehrendes Feindbild der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der diesmal als „Nestbeschmutzer“ zur deutsch-tschechischen Aussöhnung herhalten muß (DNZ 1-2/96). Attacken gegen Joschka Fischer (B'90/Grüne) unter der Headline „Die Schleimspur...“ werden werbewirksam mit Literaturempfehlungen aus dem eigenen Hause verbunden. Der russische Ultranationalist Wladimir Schirinowkij darf sich der Leserschaft der Frey-Gazette als künftiger russischer Präsident anpreisen. Mehrere Beiträge zur Relativierung der deutschen Kriegsschuld und Reinwaschung der Deutschen Wehrmacht; dazu

bietet sich passenderweise der Auftritt des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider vor der Waffen-SS an (DNZ 1-2/96). Nächste Unperson der Woche ist der Telekom-Chef Ron Sommer, dessen Herkunft aus Israel die DNZ betont (DNZ 3/96). Mit einer „Bilanz der deutsch-israelischen Beziehungen“ wird mit deutschen Zahlungen an Israel abgerechnet. In puncto Währungsunion sollen Deutschland und Österreich wieder einmal als Dukatenesel von den Südländern Spanien, Italien oder Griechenland geschröpft werden. Doppelbödigkeit hinsichtlich der Haltung zur Türkei; einerseits wird in den Frey-Gazetten das Feindbild Islam in düstersten Farben ausgemalt, andererseits scheint man gegenüber der Wohlfahrtspartei gewisse Sympathien zu hegen. Enttäuscht ist die DNZ nach wie vor von Jörg Haider, dessen Abkehr von der Deutschtümelei ihm schließlich die Stimmenverluste gebracht hätte (DNZ 3/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11. Jg.;
Rückblick auf das Gedenkjahr 1995 - mit dem Aufruf zum 8. Mai 1945 „Gegen das Vergessen“ sei in Teilen der Bevölkerung eine Trendwende hinsichtlich des Schuldkomplexes der Deutschen gelungen (Thorsten Hinz; JF 1/96). In der Rubrik Zeitgeschichte zeichnet Winfried Knörzer den Aufstieg des Faschismus in Italien nach. Mussolini wurde danach von der faschistischen Bewegung, die als Reaktion auf den drohenden Sozialismus stark wurde, überrollt; gelangte quasi wider eigenen Willens zur Errichtung der faschistischen Diktatur (JF 1+2/96). Das Thema FDP erscheint in verschiedenen Facetten, positiv wird der nationalliberale Flügel begleitet (JF 2/96). Andreas Bergmann lanciert mit einem Artikel über die Verschuldung des Saarlandes eine Breitseite gegen den SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine; ohne erkennbaren Zusammenhang hier das abgeglichene Bild mit Erich Honecker, das dem Fundus der Frey-Gazetten entlehnt zu sein scheint (JF 2/96). In der JF-Ausgabe 3/96 wird die Gründung der Neuen Deutschen Burschenschaft kritisiert; diese wollten sich aus „opportunistischer Haltung“ von der Deutschen Burschenschaft abgrenzen. Der BFB-Vorsitzende Manfred Brunner darf in einem Beitrag über angeblich mangelnde demokratische Strukturen in der EU lamentieren. Vorzeige-„Republikaner“ Hans Hirzel versucht sich in einer positiven Würdigung des Staatsrechtlers Carl Schmitt. Und last not least - man ist schließlich nonkonform - findet sich in der JF ein Interview mit dem französischen Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen (JF 3/96).

BÜCHERSCHAU

Credo eines Liberal- Konservativen

In den letzten Jahren hat sich der CDU-Politiker Heiner Geißler in öffentlichen Stellungnahmen immer wieder zu den Themen Renaissance des nationalistischen Denkens, Rechtsextremismus und Xenophobie, Einwanderungspolitik und multikulturelle Gesellschaft geäußert. Die kleine Schrift „Der Irrweg des Nationalismus“ faßt auf engem Raum die wichtigsten Positionen zu diesen Themenkomplexen zusammen. Geißler äußert sich zur „Neuen Rechten“, der Verführung durch den Nationalismus, zu Republik und Nationalstaat, den Grundwerten europäischer Revolutionen, dem Streit um die „multikulturelle Gesellschaft“, der Notwendigkeit kontrollierter und gesteuerter Zuwanderung, der Herausforderung durch den islamischen Fundamentalismus, der weltweiten Entrechtung der Frauen und globalen Antworten auf Weltprobleme. Als sein Credo formuliert Geißler: „Natürlich gehört zu meiner persönlichen Identität, daß ich Deutscher bin. Aber meine Identität erschöpft sich nicht darin, daß ich in Deutschland geboren bin. Ich versuche, Christ zu sein, und ich will Demokrat sein. Die beiden letzten Identitäten sind für mich wichtiger, als Deutscher zu sein“ (S. 39).

Geißler plädiert für ein Politikverständnis, das als oberstes Primat die Menschenrechte hat. Von dieser Warte aus macht der Unionspolitiker deutlich, daß das Nationale kein Grundwert bildet, eine multikulturelle Gesellschaft den Primat des Grundgesetzes und der Menschenrechte zur Voraussetzung hat und der Universalitätsanspruch der Menschenrechte von Frauen sich auch an die Adresse der Weltreligionen (des Islams, aber auch des Christentums) richtet. All diese Positionen trägt Geißler im Sinne eines politischen Bekenntnisses vor, etwa wenn er schreibt: „Die Politik in Deutschland und der

Welt darf sich nicht an ethnologisch begründeter Abschottung, Ausgrenzung, Auslese, an archaischen Verhaltensmustern und biologischen Determinanten orientieren“ (S. 70). Dem kann man zustimmen, nur fehlt es an analytischen Betrachtungen dazu: Warum kommt es zur Renaissance derartiger Vorstellungen, wer sind die gesellschaftlichen Träger und welches Interesse verfolgen sie damit, welche Gefahren können sie für die Demokratie bedeuten?

Antworten auf derartige Fragen deutet Geißler zwar an, beläßt es in der Regel allerdings bei der Bekundung seiner Position. Insofern kommt dem Buch weniger analytische denn politische Bedeutung zu, zieht hier doch ein Liberal-Konservativer eine eindeutige Trennungslinie zu Auffassungen, die eine Überbetonung nationaler Elemente forcieren.

Heiner Geißler, *Der Irrweg des Nationalismus*, Weinheim 1995 (Beltz Athenäum Verlag), 111 S., 19,80 DM

Armin Pfahl-Traugheer

Bleibendes Trauma

Als Israels Bonner Botschafter Avi Primor vor einiger Zeit im Frankfurter Jüdischen Museum eine Ausstellung über jüdischen Widerstand während der NS-Zeit eröffnete, bekannte er zum Erstaunen vieler Gäste, auch er habe auf der Schule kaum etwas über jüdischen Widerstand gelernt. Das habe mit der Doktrin des jungen Staates zu tun gehabt, stark, tapfer und wehrhaft zu sein.

Itzhak Belfer, Jahrgang 1923, hat das Warschauer Ghetto als bleibendes Trauma erlitten und überlebt, mußte auf Zypern warten, ehe er nach der Shoah nach Palästina einreisen durfte, hat dann angefangen, als Künstler, als Maler zu arbeiten. Viele Ausstellungen in Israel haben ihn dort landesweit bekanntgemacht. Im Ausland hingegen kennt man ihn kaum. Und so ist es verständlich, daß er nun

eine Sammlung von Bildern und Zeichnungen in einem selbst verlegten Band herausgebracht hat. Dabei haben ihn Freunde besonders in Kanada finanziell unterstützt. Ein Kapitel nennt Belfer „The Rebellion“. Er meint den Aufstand im Warschauer Ghetto im Frühjahr 1943. Doch er hat nicht die Aufständischen gemalt, die jungen Frauen und Männer, die wochenlang Widerstand geleistet haben. Belfer zeigt, wie vor ihm andere Künstler, ausschließlich die Opfer - so wie Avi Primor es auch gelernt hat. Nun ist es nicht statthaft, neuere Erkenntnisse auf gestern zu übertragen, aber nachdenklich macht es schon, wenn heute noch Bücher selbst künstlerischen Inhalts auf den Markt kommen, die den Widerstand während des Holocaust nicht zur Kenntnis nehmen.

Des ungeachtet gehen die schwarz-weißen Zeichnungen unter die Haut. Vor allem die Kinder sind es, denen Belfers Mitgefühl gilt. Die vor Entsetzen weit aufgerissenen Augen,

die von Gram und Trauer gebeugten Mütter, die nur schemenhaft erkennbaren Kindergesichter über einer großen Schar von Kindern auf dem Weg in die Güterwagen. Mitten unter ihnen Janucz Korczak, den Itzhak Belfer in Warschau selbst kennengelernt hat. Es ist ein zutiefst aufrüttelnder Band, gefühlvoll gestaltet, ein wenig pathetisch die Texte in Englisch und Hebräisch, ein Buch, das man sich deshalb von rechts nach links und umgekehrt aneignen kann. Es zeigt freilich auch, wo Künstlern Grenzen gesetzt sein können. Belfers Buch enthält eine Statistik über die Zahl der Juden in einzelnen europäischen Staaten vor 1934 und nach dem Holocaust. Nach dieser Zusammenstellung lebten in Deutschland 1933 210.000 Juden. Tatsächlich waren es gut 500.000.

The Holocaust-paintings and drawing by Itzhak Belfer, Beit Lohamei Haghetat, Israel 1995

Heiner Lichtenstein

Patentrezepte gibt es nicht

Der Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und zwei seiner Mitarbeiter legen diesen Sammelband als Ergebnis ihrer Bildungsarbeit vor. Ausgangspunkt für die Veröffentlichung ist die - zutreffende - These, daß trotz dem Scheitern des Rechtsextremismus in den letzten Wahlen keine Entwarnung gegeben werden kann. Angesichts von Krisenlagen sei ein Wiedererstarken voraussehbar. Richtig ist natürlich, daß nur der in Parteien organisierte Rechtsextremismus vorübergehend an Stoßkraft verloren hat - der Parteiaustritt bzw. -ausschluß der Alt-Rechten Deckert und Schönhuber machen die Krise deutlich. Im übrigen aber haben die Rechtsextremisten auf die Verfolgung reagiert und neue, nicht weniger gefährliche Aktions- und Kooperationsformen gefunden.

In den drei Eingangsbeiträgen von Pfahl-Traugher (Bestandsaufnahme), Merten

(fremdenfeindliche Gewalt) und Krahulec (Warum wehrt sich denn keiner?) wird Bekanntes bilanziert, es dient jedoch dem Einstieg in das wichtigere zweite Kapitel, das die Handlungsfelder definiert - Polizei und Justiz (Frommel), polizeiliche Einsätze (Murck), Pädagogik (Krafeld und Hafenecker), Jugendbildungsarbeit (Scherr) bzw. Medien (Leif). Bemerkenswert ist (auch wenn bereits in der kritischen Justiz erschienen) der Beitrag von Frommel, in dem auf den gesellschaftlichen Hintergrund rassistischer Tendenzen hingewiesen wird, der sich u.a. in der langsamen Revision obergerichtlicher Rechtsprechung, in der verharmlosenden Begrifflichkeit und der nach Meinung der Autorin falschen, einseitigen Orientierung der Rechtsprechung am Täter und nicht an der fremdenfeindlichen Tat zeigt. Hier fügt sich die Beobachtung von Leif ein, daß nur die dokumentierte, d.h. über die Medien verbreitete rechtsextremistische Aktion eine Chance hat, als solche wahrgenommen zu werden.

Praktische Hinweise für den präventiven und reaktiven Umgang mit Rechtsextremismus enthalten die Projektberichte im dritten Teil - von Görlich (Chancen der Schulen), von Falter, Sturzenhecker und Stickelmann/Hansel (Offenbacher Modellprojekt, Nottulner Skinhead-Projekt bzw. praxisbegleitende Lehrerfortbildung). Wie schwierig es ist, zu Konzepten für die Jugendarbeit zu kommen, machen die (kritischen) Anmerkungen von Hafenecker zum Aktionsprogramm (der Bundesregierung) gegen Aggression und Gewalt deutlich. Hinzuweisen ist auf den Text von Krafeld über die Rolle der Antifa in der mit bewußten Regelverletzungen betriebenen

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Der Autor rät davon ab, die Antifa aus dem Dialog auszugrenzen, weil dies „in der Antifa gerade diejenigen Kräfte fördern (wird), die aus Enttäuschung und Resignation nichts (mehr) auf die Entfaltung demokratischer und humaner Werte in dieser Gesellschaft geben und infolgedessen eine immer rigidere und rücksichtslosere Militanz propagieren“.

Konrad Schacht / Thomas Leif / Hannelore Janssen (Hrsg.). Hilflös gegen Rechtsextremismus? Ursachen-Handlungsfelder-Projektverfahren, Köln 1995, 400 S.

Klaus-Henning Rosen

Tagebuch

Berlin - Der Rechtsextremist Aurel Archner soll nach Informationen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus Mitglied der wegen ihrer Verstrickungen ins ultrarechte Milieu in der Kritik stehenden „Freiwilligen Polizeireserve (FPR) sein. Archner, einst Mitglied der „Unabhängigen Ökologen“, vertreibt seit Jahren neonazistisches Propagandamaterial, für das er in einschlägigen Postillen wie „Nation+Europa“ und „Europa Vorn“ wirbt. Archner, der im Oktober 1995 bei den Berliner Abgeordnetenwahlen für die „Republikaner“ kandidierte, hat mehrfach Artikel in der JN-Schülerzeitung „Denkzettel“ (Untertitel: „Die seriöse Jugendzeitung aus Mitteldeutschland“ veröffentlicht.

Bremen - Hans Altermann ist tot. Der rechtsextreme Politiker starb am 27. Dezember kurz vor seinem 70. Geburtstag. Altermann zog 1987 als erster DVU-Landtagsabgeordneter in die Bremer Bürgerschaft ein. Vier Jahre später konnte er diesen Erfolg wiederholen, verließ bereits wenig später die DVU in Richtung „Deutsche Liga für Volk und Heimat“. Querelen mit dem Münchner Verleger und Chef der DVU, Dr. Gerhard Frey (72), veranlaßten Altermann zu diesem Schritt. Altermann gehörte als berufener Beisitzer vorübergehend dem Bundesvorstand der DLVH an, um danach zusammen mit Peter Nennstiel (52) und Klaus Blome die Gruppe der „National-Konservativen“ (NK) aufzubauen.

Bützow/Schwerin - Der in den USA lebende Alt-Nazi Hans Schmidt (68), Herausgeber des USA-Reports, hat sich nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft nach Florida/USA abgesetzt. Schmidt, gegen den ein Prozeß vor dem Landgericht Schwerin wegen Volksverhetzung u.a. anhängig ist, war nach dem ersten Verhandlungstag am 4. Januar wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nach fünfmonatiger Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt worden. Der US-Nazi befand sich nach seiner Verhaftung auf dem Frankfurter Flughafen Mitte August vergangenen Jahres in der JVA Bützow. Anlaß dazu hatte ein Haftbefehl des Amtsgerichts Schwerin u.a. wegen Aufstachelung zum Rassenhaß geboten. Schmidt hatte seinen revisionistischen „USA-Report“ auch an den Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern geschickt, der daraufhin Anzeige erhob. Gegen den flüchtigen Schmidt wurde jetzt erneut Haftbefehl ausgestellt, das Verfahren vor dem Landgericht Schwerin vorerst ausgesetzt.

Dortmund - Der Vorsitzende der Dortmunder Staatsschutzkammer Richter Manfred Reichel steht unter Polizeischutz. Anlaß dazu sind konkrete Morddrohungen aus dem neonazistischen Spektrum, die gegen den Richter ergangen sind. Die Dortmunder Staatsschutzkammer hatte den führenden Neonazi Meinolf Schönborn am 27. November vergangenen Jahres wegen Verbreitung und Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen in Tateinheit mit Verstoß gegen das Vereinsgesetz zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Die übrigen Mitglie-

der des Führungstrios der verbotenen „Nationalistischen Front“, Stefan Pielert und Eckart Scholz, wurden auf zehn Monate verdonnert.

Hamburg - Im Alter von 89 Jahren ist in Hamburg der Raketenbauer Arthur Rudolph (NSDAP-Mitgliedsnummer: 562007), einst enger Mitarbeiter Wernher von Brauns, verstorben. Rudolph gehörte 1945 zu einer 118-köpfigen Wissenschaftlergruppe um Wernher von Braun, die in die USA gebracht wurde. Er stieg dort zum Direktor der Weltraumbehörde NASA auf. Seine US-amerikanische Staatsbürgerschaft gab Rudolph 1984 zurück, als ihm amerikanische Justizbeamte androhten, den Prozeß zu machen. Als Produktionsdirektor bei der Entwicklung der deutschen „V 2“, so der Vorwurf, habe er von 1943 bis 1945 an der „Drangsalierung von Zwangsarbeitern, darunter Insassen des Konzentrationslagers Dora-Nordhausen, teilgenommen“.

Kelkheim am Taunus (Hessen) - Das „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD; Postanschrift: Kelkheim), ein Dachverband ultrarechter bis rechtsextremer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen, der am 3. Oktober am Kyffhäuser-Denkmal eine nationalistische Kundgebung durchführte, hat ein Sprechergremium gebildet. Diesem gehören an: Rudolf Andreas (DSU-Generalsekretär), Johannes von Campenhausen (Bundesvorsitzender „Deutsche Partei“), Hellmuth Krause, Lothar Lauck (Sprecher des „Staatspolitischen Club Rhein-Main“), Bernd-Thomas Ramb (stellvertretender BFB-Bundesvorsitzender) und Markus Zehme (Autor in der „Jungen Freiheit“ und im „Ostpreußenblatt“).

Kiel - Die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, hat eine Broschüre mit dem Titel „Der Feind steht rechts“ erstellt. Auf 16 Seiten wird sachkundig über Ideologie und Politik der rechtsextremen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) im schleswig-holsteinischen Landtag informiert. Gert Börnsen, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Ursula Kähler, innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, konstatieren in ihrem Vorwort: „Aufklärung über die geistigen Brandstifter ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Bekämpfung.“

Kiel - Der schleswig-holsteinische Innenminister Ekkehard Wienholtz gibt bei den Landtagswahlen

am 24. März rechtsextremistischen Parteien kaum eine Chance für den Wiedereinzug in das Parlament. Vor vier Jahren war der DVU des Münchner Verlegers Frey mit einem Ergebnis von 6,3 Prozent der Einzug in den schleswig-holsteinischen Landtag gelungen. Wienholtz bezeichnete den Organisationsgrad der schleswig-holsteinischen DVU als denkbar gering, gab jedoch zu bedenken, „daß nach unseren Erkenntnissen die DVU trotz rückläufiger Mitgliederzahl wieder massiv aus der Münchner Parteizentrale unterstützt wird.“ Nach Darstellung des SPD-Politikers ist die Mitgliederzahl bei den rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU, DLVH und REP seit 1993 von damals 2500 auf heute 1200 geschrumpft. Stärkste Gruppierung sei die DVU mit 900 Mitgliedern, es folgen NPD (150), REP (140) und DLVH mit 100 Mitgliedern.

Limbach (Rheinland-Pfalz) - Von „Volk und Land. Rundbrief für ökologische Patrioten“ erschien jüngst eine neue Ausgabe. Der vierseitige Rundbrief wird von Heiner Gehring und Hans Rustemeyer gemacht. Die erste Ausgabe erschien im April 1995. Rustemeyer gehörte in der Vergangenheit verschiedenen rechtsextremen Parteien an. Angefangen hat er bei der „Deutschen Reichspartei“ (DRP). In den 70er Jahren war er bei der NPD und der DVU als Funktionär aktiv, brachte es bei den „Nationaldemokraten“ sogar bis in den Parteivorstand. Später wirkte er bei den „Republikanern“ und bei den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“. Rustemeyer rät in „Volk und Land“ zum Ausstieg aus der „Jungen Freiheit“ (JF). „Ökologisch anständig, wenn auch bescheidener in der Aufmachung ist ‘Europa vorn’“, deren Autor Rustemeyer seit vielen Jahren ist. Bei der letzten Tagung der „Unabhängigen Ökologen“ im November des vergangenen Jahres hatte der JF-Redakteur Gerhard Quast die JF-Öko-Seite „Natur & Umwelt“ angekündigt.

München - Mit einer ganzseitigen Wahlanzeige und spektakulären Veranstaltungen will der „Bund Freier Bürger“ (BFB) im Münchner Kommunalwahlkampf auf sich aufmerksam machen und das schwarzbraune Spektrum rechts der CSU für sich gewinnen. Aufsehen erregte vor allem die Kontroverse um einen Auftritt des Kreisverwaltungsreferenten Uhl (CSU) beim Wahlkampfauftritt der Brunner-Partei. SPD-OB Ude hatte es dem strammen Law-and-order-Mann Uhl untersagt, beim BFB im Namen der Stadt eine Rede zu halten. So trat Uhl am 10. Januar als Privatperson auf und begeisterte die rund 600 Anwesenden mit

rechtspopulistischen Sprüchen. Als nächsten Gast will der BFB-Vorsitzende Manfred Brunner am 24. Januar den ehemaligen Polizeipräsidenten Manfred Schreiber präsentieren. Trotz allen Rummels bleibt allerdings zu vermerken, daß der BFB erst rund ein Fünftel der für die Zulassung zur Wahl erforderlichen 1000 Unterstützer-Unterschriften beisammen hat.

Wegen des Verdachts strafbarer Äußerungen ermittelt der Staatsschutz im Umfeld der Brunner-Partei. Auf einer Veranstaltung in Markt-Schwaben hatten Teilnehmer gegen den Zentralratsvorsitzenden der Juden, Ignatz Bubis gehetzt wie, „mit dem Bubis hat der Hitler den Schlimmsten vergessen“ sowie geäußert, „wir brauchen keinen kleinen Hitler sondern einen großen“. Der stellvertretende BFB-Ortsvorsitzende von Markt Schwaben Klaus Schönberger ist wegen dieser Vorfälle bereits aus der Partei ausgetreten.

Ärger steht dem „Bund Freier Bürger“ von anderer Seite noch ins Haus. Die von den „Republikanern“ abgespaltenen „Freiheitlichen“, protestieren gegen den Namenszusatz „Die Freiheitlichen“ bei der Brunner-Partei. Die Rechtsabspalter brauchen ebenfalls 1000 Unterstützer-Unterschriften für die Stadtratswahl und befürchten Verwechslungen. Die Spitzenkandidaten der „Freiheitlichen“ Thomas Lorenz und Erich Sengmüller distanzieren sich im übrigen von den Aussagen, wie sie auf der Auftaktveranstaltung der Brunner-Partei am 10. Januar gemacht worden seien. Die Achtung vor der Menschenwürde verbiete es, sozial schwache Bürger als „Penner, über die man hinwegsteigen muß“, verächtlich zu machen. Der 46jährige Thomas Lorenz war bis 1995 Mitglied bei den „Republikanern“ und holte für diese bei der Bundestagswahl 1990 im Münchner Norden 5,3 Prozent.

München - Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts München dürfen die „Republikaner“ weiterhin als extremistisch und verfassungsfeindlich bezeichnet werden. Nach Mitteilung des bayerischen Innenministers Beckstein (CSU) seien Anträge der Partei, mit denen sie sich gegen eine entsprechende Einordnung im bayerischen Verfassungsschutzbericht 1994 zur Wehr setzen wollte, von den Richtern als unbegründet zurückgewiesen worden. Die öffentliche Bezeichnung der REP als extremistisch und verfassungsfeindlich sei rechtmäßig und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zulässig, zitierte Beckstein den Gerichtsbeschuß.

Bei den Kommunalwahlen am 10. März in München können die REP laut einer repräsentativen Umfrage des Peinelt-Instituts derzeit mit einem Ergebnis von 2,8 Prozent (plus 1,2 Prozent) rechnen.

München - In der aktuellen Ausgabe des „Witikobriefes“ wird über die Jahreshauptversammlung des rechtsextremen Vereins „Kultur und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit e.V.“ (vgl. BNR 13/94) berichtet. Vorsitzender ist Waldemar Schütz. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde der „Witikone“ und ehemalige Redakteur der „Jungen Freiheit“ Hans-Ulrich Kopp gewählt. Er löste den Münchner Rechtsanwalt und langjährigen NPD-Vorständler Dr. iur. Wolfgang Huber ab. Mit Dr. Hans Ertl und dem 88jährigen Klaus-Christoph Marloh gehören bzw. gehörten weitere Mitglieder des revanchistischen „Witikobundes“ dem geschichtsrevisionistischen Verein mit Sitz in Rosenheim an. Der ehemalige FPÖ-Rechtsaußen Dr. Otto Scrinzi und Dr. Georg Franz-Willig hielten anlässlich des zehnjährigen Jubiläums im vergangenen Jahr Festansprachen.

Moskau (Rußland) - Der Ultranationalist Wladimir Schirinowskij ist von seiner Liberal-Demokratischen Partei Rußlands (LDPR) als Kandidat für die am 16. Juni stattfindenden Präsidentschaftswahlen aufgestellt worden. Um an der Wahl teilzunehmen, muß Schirinowskij („Russen-Hitler“) allerdings landesweit eine Million Unterschrift sammeln und von der Wahlkommission offiziell registriert werden.

Prag (Tschechien) - Die umstrittene Scientology-Church ist in der Tschechischen Republik als Kirche anerkannt worden. Der stellvertretende tschechische Kulturminister räumte ein, daß eine Anerkennung als Kirche in Tschechien zu einfach zu bekommen sei. Es reiche aus, 10 000 Unterschriften vorzulegen und Bedingungen wie das Offenlegen von Statut und Finanzen zu erfüllen.

Quedlinburg - In der jüngsten Ausgabe (Nr. 10) der organisationsübergreifend agierenden Strategiepostille „Umbruch“, die sich innerhalb von zwei Jahren zu einer der bedeutendsten Neonazipublikationen gemausert hat, wird zum „Kampf“ gegen „Volksfeinde“ aufgerufen: „Jeder, der sich gegen die nationale Sache direkt oder indirekt ausspricht ist Volksfeind. Jeder, der gegen nationale Gruppierungen und deren Anschauungen agitiert, stellt sich gegen das Volk, denn wir vertreten das



Volk.“ Als Zielpersonen werden im „Umbruch“ u.a. aufgeführt: „Redakteure und andere Medienvertreter, Antifa und u.U. bestimmte Linke, Mitarbeiter in städtischen Behörden, Institutionen und Initiativen wie Ordnungsamt, AWO, Post u.a., die sich gegen nationaleingestellte Menschen hervortun“. Die Kameraden werden aufgefordert, über diese Personengruppen Daten zu sammeln: „Personalien (Name, Anschrift, Foto), Beruf (wo beschäftigt, Position usw.); KFZ; Auffällig geworden. Wann, wo und mit was ?; Polit. und gesellschaftl. Aktivitäten (z.B. Mitgliedschaft in Parteien, Organisationen, Kegelverein usw.); Schwachstellen Schulden, schwul, Alkoholiker, Drogen usw.; Psychogramm; Kontakte und Verbindungen zu anderen Zielpersonen; Hobbys, Gewohnheiten usw.“

„Umbruch-Herausgeber ist der aus Hannover stammende Steffen Hupka (geb. 1963), einst Funktionär der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und der „Nationalistischen Front“ (NF), der sich 1993 in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) niedergelassen hat. Erst jüngst geriet Hupka bundesweit in die Schlagzeilen, da in der „Umbruch“-Ausgabe Nr. 7 konkrete Gedanken zum Ausbau von militanten Strukturen bundesdeutscher Rechtsextremisten entwickelt worden waren. Jungen Kameraden und Kameradinnen, die vor der Berufswahl stehen, wurde geraten, „eine Ausbildung bei Bundeswehr oder Polizei in Erwägung (zu) ziehen, mit dem Ziel, sich in besonders qualifizierten Spezialeinheiten das nötige Wissen und Können anzueignen.“

Rechnitz bei Oberwart/Österreich - NS-Gauleiter Tobias Portschy (am 5. September 1905 geboren), der im österreichischen Burgenland als „Einpeitscher und Chefideologe des Rassenhasses“ (STERN) fungierte und heute als angesehener Bürger in Rechnitz bei Oberwart lebt, wurde jüngst vom „Österreichischen Kameradschaftsbund“ (ÖKB) für seine „großen Verdienste“ (so

Adresse:

„der Kamerad“, die offizielle Zeitung des „österreichischen Kameradschaftsbundes“) mit dem ÖKB-Kreuz in Gold mit Schwertern geehrt. Nach Erkenntnissen des „Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW) handelt es sich beim ÖKB um eine „Veteranenvereinigung ehemaliger Soldaten, vor allem Wehrmachtsangehöriger, und eine der wichtigsten Gruppierungen im Vorfeld des Rechtsextremismus.“ Portschy ist Autor der Denkschrift „Die Zigeunerfrage“ (1938), die er „im Auftrag des Führers“ verfaßte. O-Ton Portschy: „Die Zigeuner, die überwiegend mit vererblichen und ansteckenden Krankheiten belastet sind, bilden einen wahren Krankheitsherd mitten unter der deutschen Bevölkerung. Man geht nicht irre, wenn man sie samt und sonders als Berufsdiebe charakterisiert. Lüge, Trägheit, Falschheit, Durchtriebenheit und Erfahrung auf allen Gebieten des Asozialen sind ihnen eigen. Feld- und Hühnerdiebstähle, Betrügereien und Sexualverbrechen sind bei ihnen alltägliche Erscheinungen. Es ist höchste Zeit, an diese Probleme ernstlich heranzutreten. Die Zigeunerfrage muß einer nationalsozialistischen Lösung zugeführt werden.“

Wien (Österreich) - Den Rechtspopulisten Jörg Haider der „skrupellosen und mörderischen Hetze“ zu bezichtigen, ist vorerst nicht als üble Nachrede strafbar. Das Wiener Landesgericht sprach dazu am 15. Januar den Schriftsteller Johannes Mario Simmel frei, der diesen Vorwurf gegen Haider in NEWS erhoben hatte und von diesem verklagt worden war.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten